

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVIII/219

14. November 1973

Ein Appell der letzten Stunde

---

DDR soll Verdoppelung des Pflichtumtausches  
doch noch stoppen

Seite 1 / 32 Zeilen

Der Zwang zu "Europa"

---

Feststellungen zu Brandts Straßburger Rede

Seite 2 / 41 Zeilen

Keine Alternative zur sozialliberalen Koalition

---

FDP-Parteitag in Wiesbaden bekräftigt Bündnis  
mit der SPD

Seite 3 und 4 / 58 Zeilen

Ein Oberstleutnant namens Witt

---

Zum Problem der Rechtsradikalen in der  
Bundeswehr

Seite 5 und 6 / 54 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der Brief des Oberstleutnant Dr. Werner Witt

---

Seite 7 und 8 / 62 Zeilen

### Ein Appell der letzten Stunde

---

DDR soll Verdoppelung des Pflichtumtausches doch noch stoppen

Am 15. November 1973 soll die von der DDR-Regierung befohlene Verdoppelung des Geldpflichtumtauschs für Reisen in die DDR und nach Ostberlin in Kraft treten. Seit dem Bekanntwerden dieser Über-Nacht-Maßnahme bemühen sich vor allem die Bundesregierung und der Regierende Bürgermeister von Berlin in ständigen Appellen und ununterbrochenen Kontaktaufnahmen, die DDR-Regierung unter Ministerpräsident Horst Sindermann zur Zurücknahme dieser Verfügung zu bewegen. Unermüdlich wurde versucht, die Ostberliner Staats- und Parteibehörden auf die zumindest Bedenklichkeit dieser Pflichtumtauschverdoppelung hinzuweisen, die insbesondere genau die Schichten der Bevölkerung trifft, für die Ostberlin in seiner in die Bundesrepublik hineinreichenden Propaganda sonst so gern auf die Barrikaden geht. Mit diesen 20 DM je Tag wird für die Rentner und für die Minderverdienenden eine neue Barriere errichtet, die sie unter Tränen daran hindern muß, ihre ihnen so lieb gewordenen regelmäßigen menschlichen Kontakte im bisherigen Ausmaß fortzusetzen.

Die Erklärungen, die Ostberlin bisher für seine harte Zwangsmaßnahme gegeben hat, sind alles andere als überzeugend. Berlin und Bonn haben sich um der gefährdeten guten Sache wegen ununterbrochen bemüht, in rationaler Weise jedes DDR-Argument auf seinen Wert zu untersuchen. Das Ergebnis spricht nicht für Ostberlin, das ja schließlich auch um seine Position in der jetzt wieder aufgeworfenen Frage besorgt sein muß, ob nicht die DDR ihr weltpolitisches Image als ein Staat gefährdet, der der von der ganzen Welt so dringend erwünschten Entspannung in Mitteleuropa zuwiderhandelt.

Am Vorabend des 15. November 1973 soll hier noch einmal an die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik appelliert werden, die Entscheidung zur Verdoppelung des Pflichtumtauschs nach allen Seiten erneut zu überdenken und eine Aktion zu stoppen, die der DDR bei keinem gutwilligen und der Entspannung dienenden Menschen Sympathie eintragen kann. (ee/14.11.1973/ks/ee)

+ + +

Der Zwang zu "Europa"

Feststellungen zu Brandts Straßburger Rede

Die neun Staaten der Europäischen Gemeinschaft sind zwar ein wirtschaftlicher Riese, aber politisch gesehen haben sie noch kein Eigengewicht, denn sie stehen im Schatten der Supermächte USA und Sowjetunion. Sie können zwar im Nahost-Konflikt gute Ratschläge erteilen, sind aber ohnmächtig, gestaltend und mitbestimmend einzugreifen. In der alle bedrängenden, durch die arabisches Herausforderung ausgelöste Energiekrise hat sich europäische Solidarität noch zu bewähren. Noch zeichnen sich nicht einmal schwache Umrisse eines grundsätzlich solidarischen Verhaltens ab; das kann aber für alle zu einer Frage von existenzieller Bedeutung werden.

Vor diesem Hintergrund ist die große, in die Zukunft weisende Rede Willy Brandts in Straßburg zu bewerten, die erste Rede eines Regierungschefs vor den europäischen Gremien. Sie umfaßte, ohne nach den Sternen zu greifen, das ganze Spektrum europäischer Notwendigkeiten. Alle Staaten sitzen heute in einem Boot, keiner ist imstande, mit den manigfachen Schwierigkeiten und Bedrängnissen, die auf ihn von der Außenwelt einströmen, allein fertig zu werden. So ergibt sich ein unvermeidbarer Zwang zur stärkeren Zusammenarbeit und zur Bildung einer Regierung für die Gemeinschaft der Neun, die Funktionen übernimmt, die heute noch die Regierungen der Einzelstaaten ausüben.

Willy Brandt hat den Vorschlag des französischen Staatschefs George Pompidou aufgegriffen, daß die Regierungs- und Staatschefs sich öfter zu einem gemeinsamen Gedankenaustausch treffen sollen. Daraus können mächtige Antriebe für die Beschleunigung des europäischen Einigungsprozesses entstehen. Dieses Europa muß lernen, mit einer Stimme zu sprechen, und es muß in die Lage versetzt werden, sein Gewicht zugunsten aller friedensfördernden Kräfte und zur Behebung von Not und Hunger in den Ländern der Dritten Welt einzusetzen. Denn hier liegt ein Schlüssel zur Erhaltung des Weltfriedens.

Zugleich muß den europäischen Bürgern die Gewissheit und das Gefühl vermittelt werden, daß ein solches Europa mehr ist als nur ein Zusammenschluß der Staaten, sondern eine Gemeinschaft, die allen ihren Bürgern mehr Sicherheit nach innen und außen gibt. Das gilt auch für den sozialen Bereich. Willy Brandt hat in seinem beschwörenden Appell ein an unmittelbaren Notwendigkeiten orientiertes Aktionsprogramm entworfen. Die Konferenz der Staats- und Regierungschefs in Kopenhagen, für Mitte Dezember vorgesehen, findet also ein reichhaltiges Arbeitsgebiet.

(ae/14.11.1973/ks/ex)

+ + +

### Keine Alternative zur sozialliberalen Koalition

---

#### FDP-Parteitag in Wiesbaden bekräftigt Bündnis mit der SPD

Will man ein erstes Resümee des Wiesbadener FDP-Parteitages ziehen, so kommt man zu dem Schluß: In der gegenwärtigen politischen Landschaft gibt es keine Alternative zur sozialliberalen Koalition. In Wiesbaden wurde jedermann deutlich, daß die Liberalen das Regierungsbündnis mit den Sozialdemokraten in keiner Weise in Frage stellen, sondern die Koalitionsvereinbarung erfüllen wollen. Wer nach dem Wiesbadener Parteitag noch an der Bündnistreue des kleineren Koalitionspartners zweifelt, der würde der FDP bitter Unrecht tun.

Mit erfreulicher Deutlichkeit haben führende Freidemokraten in Wiesbaden auch auf das Liebeswerben der Opposition reagiert. Der CDU/CSU dürfte klar geworden sein, daß sie als Gesprächspartner der FDP kein Bein auf die Erde bekommt. Die Absagen von Scheel und Mischnick an die Brautwerber Strauß und Kohl dürften der Union noch lange in den Ohren klingen. Im übrigen bedarf es einiger Phantasie, sich vorzustellen, wie die Unions-Parteien mit den praktisch-politischen Vorstellungen der FDP in Einklang und Übereinstimmung zu bringen sein könnten.

Der FDP-Parteitag hat auch den klaren Kurs der Koalition im sachlichen Bereich bestätigt. Er hat sich für eine konsequente Reformpolitik ausgesprochen, wie sie Bundeskanzler Willy Brandt in seiner Regierungserklärung vom Januar vergangenen Jahres angekündigt hat. Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den Koalitionspartnern etwa bei der Mitbestimmung oder Vermögensbildung bestehen, wurden in Wiesbaden ausgeklammert. Dennoch konnte man den Eindruck gewinnen, daß die FDP zu Kompromissen bereit ist, um in der Öffentlichkeit bei wichtigen Reformvorhaben nicht als Bremser dazustehen. Gelegentlich waren Äußerungen zu hören, die eindeutig sozialdemokratische Positionen vertraten. Der

Wille, das eigene Parteiprogramm nicht auf Biegen und Brechen durchsetzen zu wollen, läßt hoffen, daß auch noch offene Detailfragen im Einvernehmen geklärt werden können, wobei kein Zweifel besteht, daß man sich im Ziel einig ist, wichtige gesellschaftspolitische Fragen jetzt anzupacken und eine Reformpolitik zu verwirklichen, die an den Interessen der Arbeitnehmer orientiert ist. In Wiesbaden wurden in diesem Zusammenhang Ausführungen registriert, die man bisher in dieser Deutlichkeit bei Freidemokraten nur selten gehört hat. Auch bei den Freidemokraten beginnt man, sich mit der Struktur im Gewinnstreben und den Machtverhältnissen in unserer Wirtschaft deutlich auseinanderzusetzen.

Bei dem Schwerpunkt-Thema dieses Parteitages, der Medienpolitik, konnten sich jene Freidemokraten durchsetzen, die an einer durchgreifenden Reform des Presserechts interessiert sind. Lobbyisten mit wohlklingendem Namen, die eindeutig nur Interessen der Verleger vertraten, konnten die liberalen Leitlinien der Medienpolitik nicht verwässern. Wenngleich es auch hier noch eine Reihe von Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Koalitionsparteien gibt, lassen die Wiesbadener Beschlüsse doch hoffen, daß bei der Einbringung eines Presserechts-Rahmengesetzes ein Reformvorhaben verwirklicht wird, das das Etikett Reform zu recht trägt.

Noch ein Wort zu den vereinzelt hörbar gewesenen Attacken gegen die SPD. Niemand will der FDP das Recht absprechen, sich als eigenständige Partei und gleichberechtigter Partner in der sozialliberalen Koalition zu profilieren. Aber hierbei sollte man von FDP-Politikern immerhin erwarten, daß sie in ihren Äußerungen über die sozialdemokratische Partei etwas differenzierter sind. Pauschale und oberflächliche Polemiken etwa gegenüber den Jungsozialisten sollten Freidemokraten CDU- und CSU-Politikern überlassen.

Gode Japs

(-/14.11.1973/ks/ex)

+ + +

Ein Oberstleutnant namens Witt  
-----

Zum Problem der Rechtsradikalen in der Bundeswehr

"Die gleichen Brunnenvergifter sind am Werk, die unser Volk schon einmal in den Abgrund geführt haben", erklärte der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium, Willi Berkhan. Und der Verteidigungsexperte der CDU, Dr. Manfred Wörner, vermutete einen Verstoß gegen das Soldatengesetz. Beide Politiker meinen denselben Fall: den des Eutiner Oberstleutnants Dr. Werner Witt, der in einem Werbeschreiben der rechtsradikalen NPD scharfe Angriffe gegen Bundeskanzler Willy Brandt gerichtet hatte. Kernpunkt des Briefes, in dessen Kopf Witt zugleich als "Oberstleutnant" und "Personalreferent des NPD-Kreisverbandes Ost-Holstein" firmiert, ist der folgende Satz: "Dem derzeitigen Bundeskanzler Brandt - Fram - Martin Flamme (oder wie er sonst noch heißen mag) wird der Friedensnobelpreis verliehen, während eine Persönlichkeit wie der 79jährige Rudolf Haß, der im Kriege durch seinen Flug nach England den Frieden für das deutsche Volk erringen wollte, seit über 30 Jahren in Spandau hinter Gittern schmachtet".

Diese Gegenüberstellung ist eine Ungeheuerlichkeit. In der politischen Auseinandersetzung mit allen ihren Entgleisungen und Entartungen wäre zwar auch dieser Fall nicht neu: seine Bedeutung gewinnt er jedoch dadurch, daß der Autor Berufssoldat ist, sich auch ausdrücklich als solcher zu erkennen gibt und damit zu besonderer Loyalität gegenüber dem Staat und den sie repräsentierenden Politikern verpflichtet wäre.

Von einem Mann wie Witt dürfte kaum zu erwarten sein, daß er "ständig mit dem Grundgesetz unter dem Arm herumläuft". So hat er wahrscheinlich auch den Artikel 65 a/2 verdrängt, in dem es heißt, daß mit der Verkündung des Verteidigungsfalles die Befehls- und

Kommandogewalt auf den Kanzler übergeht. Anders ausgedrückt: Wird Witt dann plötzlich dem von ihm zuvor geschmähten Kanzler mit Loyalität folgen, wenn ein Konfliktfall eintreten sollte und wenn der Soldat dazu beitragen muß, dem Volk die Freiheit und der Regierung ihre politische Handlungsfreiheit zu erhalten ?

Der Fall Witt ist sicher nicht zu verallgemeinern. Aber er gehört zu jenen, die uns zu Konsequenzen aus der Überlegung zwingen, wie wir es eigentlich mit Rechtsradikalen im öffentlichen Dienst halten, speziell bei der Bundeswehr ? Das Problem der Beschäftigung Radikaler stellte sich nicht, wenn DKP und NPD verbotene Parteien wären. Ein Parteiverbot würde zum einen aber diese kleine Splittergruppen mehr aufwerten als ihrer Resonanz bei den Wählern entspricht, und könnte zum anderen durch den "Märtyrer-Effekt" die Zahl ihrer Anhänger eher noch vergrößern.

Auch wenn man sich darin einig ist, daß man die politische und nicht die gerichtliche Auseinandersetzung mit Radikalen suchen will, gibt es doch eine Grenze gerade bei einem so empfindlichen Instrument wie der Bundeswehr. Die Streitkräfte insgesamt sind nicht anfällig gegen radikale Parolen, der Kreis der Rechtsextremisten in Uniform ist klein. Das bewahrt die politisch Verantwortlichen jedoch nicht vor der Erfüllung der Verpflichtung, möglichen Anfängen zu wehren. Soldat sein ist kein Beruf "sui generis", aber schon gar nicht ist er ein Beruf für extreme Randgruppen unserer Gesellschaft.

Wir wollen nicht, daß kommunistische Lehrer unsere Kinder indoktrinieren. Ebenso wenig wollen wir aber, daß neonazistische Offiziere unsere Bundeswehr verseuchen.

Ulrich Mackensen  
(-/14.11.1973/bgy/ex)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Der Brief des Oberstleutnants Dr. Werner Witt  
-----

Wir veröffentlichen diesen Brief im vollen Wortlaut.

"Oberstleutnant Dr. Werner Witt"      242 Eutin, 10. September 1973  
Personalreferent der NPD des      Beuthiner Str. 24  
Kreisverbandes Ost-Holstein      Tel.: 04521 / 5720

Sehr geehrte gnädige Frau,

die NPD hat seit vielen Monaten wieder eine eindeutige, nicht zu übersehende Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Eine noch wesentlich stärkere Zunahme an Mitgliedern - 10.000 in 12 Monaten - ist bei den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN festzustellen, und zwar besonders in Großstädten und dichtbevölkerten Gebieten. Aber die NPD braucht überall denkende Menschen!

Leider gibt es zuviele, die sich durch Fernsehen, Rundfunk und einen großen Teil der Presse manipulieren lassen, und nur noch das nachsprechen, was ihnen vorgeredet wird! Und bei den Wahlen entscheidet man sich wieder einmal für das 'kleinere Übel'. Es gilt, diese Menschen zu alarmieren und ihnen den Spiegel der 'Realitäten' vor Augen zu halten; diese sind: - In der Bundesrepublik werden jährlich über 2.570.000 Straftaten (ohne Verkehrs- und Staatsschutzdelikte) verübt. - Breschnjew stellte fest: 'Allein schon der sittliche Verfall im Westen wird mit absoluter Sicherheit den schließlichen Triumph des internationalen Sozialismus und Kommunismus bringen.' Als er in Bonn war, sprach er jedoch nur von Frieden und Völkerfreundschaft, lächelte und küßte seine Gastgeber. - Die Preisspirale dreht sich ohne Pause, kein Mensch stört sich an den ständig steigenden Brot- und Fleischpreisen (wovon die Landwirte keinen Nutzen haben), auch nicht daran, daß Rentner und Kinderreiche immer mehr benachteiligt werden. - Dem derzeitigen Bundeskanzler Brandt, Fran, Martin Flamme (oder wie er sonst noch heißen mag) wird der Friedensnobelpreis verliehen, während eine Persönlichkeit wie der 79jährige Rudolf Heß, der

im Kriege durch seinen Flug nach England den Frieden für das deutsche Volk erringen wollte, seit über 30 Jahren in Spandau hinter Gittern schmachtet.

Unendlich lang ist die Liste der Dinge, die faul in unserem Staate sind und die leider viele gedankenlos hinnehmen oder gar anerkennen. Durch die politischen Ereignisse der letzten Zeit sind immer mehr Menschen zu der Erkenntnis gekommen, daß der starke Linksdruck, der durch die SPD/FDP-Regierung systematisch vorangetrieben und propagandistisch untermauert wird, die Bundesrepublik isoliert und damit in eine bedrohliche Situation bringt.

Die Politik der Regierungsparteien und die Verhaltensweise der CDU machen es erforderlich, daß die NPD als Sammlungsbewegung aller nationaldenkenden Deutschen mehr denn je gestärkt und gefestigt wird, um von Deutschland für die Zukunft Schlimmeres abzuwenden. Die NPD wird mit allen Mitteln für die Verwirklichung folgender Ziele kämpfen:

- 1/ Freiheit, Friede und Selbstbestimmungsrecht für alle Deutschen;
- 2/ Widerstand gegen den Ungeist der Anpassung, des Verzichts und der Unterwerfung;
- 3/ Kampf dem rein materialistischen Denken mit seinen kulturfeindlichen Folgen;
- 4/ Schutz der deutschen Jugend vor allen schädlichen Einflüssen und Stärkung ihrer geistigen und körperlichen Kräfte;
- 5/ Wiederaufstellung der Ideale und Vorbilder deutscher und europäischer Kultur sowie Erhaltung der Tradition;
- 6/ Verbreitung der geschichtlichen Wahrheit und Entlarvung der Lügenpropaganda.

Wenn 1969 bei der Bundestagswahl die NPD in jedem Stimmbezirk nur zwei weitere Stimmen erhalten hätte, dann gäbe es heute keine Regierung Brandt/Scheel! Etliche frühere NPD-Mitglieder und viele NPD-Wähler gaben auf, weil der erhoffte Erfolg damals und in den darauffolgenden Jahren ausblieb. Es gibt aber keine Alternative zur NPD, denn welche Partei wäre bereit und gewillt, uneingeschränkt die nationalen Belange des deutschen Volkes zu vertreten? Daher fordern wir alle national- und verantwortungsbewußten Deutschen auf, die Arbeit der NPD in ihrem Kampf um Wahrheit und Gerechtigkeit nach besten Kräften zu unterstützen. Ich würde mich freuen, wenn Sie sich brieflich oder telefonisch mit mir in Verbindung setzten. Zu einem persönlichen Besuch bin ich gern bereit, auch wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir Namen und Anschriften interessierter Verwandter und Bekannter mitteilen könnten.

Mit freundlichem Gruß!

(Unterschrift)"

(um/14.11.1973/bgy/ex)